

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

49. Sitzung

## **Bildungsausschuß**

22. Sitzung

am Freitag, dem 24. Oktober 1997, 10:00 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

- zeitweise -Monika Heinold

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses**

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Helmut Jacobs (SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Ursula Röper (CDU)

Angelika Volquartz (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Reinhard Sager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

### **Weitere Anwesende**

**Einzigter Punkt der Tagesordnung:****Seite****a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001**

4

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998  
(Haushaltsbegleitgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850

**c) Änderungsvorschlag zum Entwurf des  
Haushaltsbegleitgesetzes 1998**Anlage 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des  
Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das  
Land Schleswig-Holstein Gesetzentwurf der  
Landesregierung Drucksache 14/942**Einzelplan 07, Kapitel 0701 bis 0717 Ministerium für  
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

(Fortsetzung der Beratung vom 29. September 1997)

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001**

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998 (Haushaltsbegleitgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850 hierzu: Umdrucke 14/1092, 14/1110  
**c) Änderungsvorschlag zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1998**

**Anlage 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein**  
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/942

**Einzelplan 07, Kapitel 0701 bis 0717**  
**Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

(Fortsetzung der Beratung vom 29. September 1997) hierzu: Umdrucke 14/1131, 14/1215, 14/1220, 14/1224, 14/1232, 14/1233, 14/1237

Der Ausschuß diskutiert zunächst über die in Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes vorgesehene Veränderung der Bemessungsgrundlage der Bezuschussung von **Ersatzschulen in freier Trägerschaft** gemäß § 63 Abs. 2 des Schulgesetzes (Umdrucke 14/1224, 14/1232, 14/1233). Die Abgeordneten Spoorendonk, Fröhlich und Dr. Klug problematisieren die darin enthaltene Kürzung beim Dänischen Schulverein und bei den Waldorfschulen insbesondere vor dem Hintergrund der ohnehin in Kapitel 0710 vorgesehenen Einsparungen bei den Privatschulen sowie der verfassungsrechtlichen Situation, sehen die Existenz einiger Schulen ernsthaft gefährdet und fordern eine ordentliche Beratung des Themas im fachlich zuständigen Bildungsausschuß (Umdrucke 14/1232 und 14/1233).

St Köster hält an der Auffassung der Landesregierung fest, die Höhe des Zuschusses an die Ersatzschulen in freier Trägerschaft an den Personalkosten der öffentlichen Schulen zu messen, die für die Erteilung des lehrplanmäßigen Unterrichts entstünden (Umdruck 14/1224). Damit sänken die Zuschüsse an deutsche Privatschulen und die Schulen der dänischen Minderheit in Höhe von rund 100 Millionen um insgesamt 1,9 Millionen DM, so daß Schulschließungen infolge des Haushaltsbegleitgesetzes aus ihrer Sicht unwahrscheinlich seien. Außerdem sollte zum 1. Januar 1998 nunmehr die sogenannte Landeskinderklausel in Kraft treten.

Abg. Dr. Rossmann signalisiert, die SPD-Fraktion werde sich mit den Vorschlägen der Landesregierung und der Betroffenen differenziert auseinandersetzen.

Auf Fragen der Abgeordneten Heinold und Dr. Klug erläutert MDgt Dr. Pabst unter Hinweis auf Umdruck 14/133 die Art der Berechnung der durchschnittlichen Schülerkostensätze.

Abg. Dr. Klug beantragt - unterstützt von Abg. Volquartz -, Artikel 3 Nr. 1 des Haushaltsbegleitgesetzes aus dem Gesetz herauszunehmen und das Thema "Zuschüsse an Ersatzschulen in freier Trägerschaft" im Rahmen der Schulgesetzänderung 1998 erneut aufzugreifen.

St Köster teilt mit, die Regierung werde im Wege der Nachschiebeliste die Kürzung der Zuschüsse an Ersatzschulen in freier Trägerschaft in Höhe von 5,5 Millionen DM nach unten korrigieren.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag von Abg. Dr. Klug mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Die Mitglieder des Bildungsausschusses kommen überein, sich in der nächsten Bildungsausschußsitzung, am 20. November 1997, 9:00 Uhr, mit der Bezuschussung von Ersatzschulen in freier Trägerschaft zu befassen.

Abg. Röper kritisiert Artikel 3 Nr. 2 und Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes.

## **Einzelplan 07**

### **0703-681 03, Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz an Schülerinnen und Schüler**

Abg. Röper bittet um Erläuterung des rückläufigen Ansatzes.

### **0705-684 11, Förderung der Volkshochschulen (Erläuterungen)**

---

Abg. Dr. Klug fragt nach der Verteilung der Mittelkürzungen auf die in den Erläuterungen ausgewiesenen Teilbereiche.

**0705-684 13, Förderung von Maßnahmen der Weiterbildung**

Abg. Röper bittet um eine Darstellung der 1997 geförderten Maßnahmen.

**0706, Landezentrale für politische Bildung**

Abg. Volquartz kritisiert, daß die Landeszentrale durch Kürzungen weiter "kaputtgemacht wird".

Die Abgeordneten Heinold und Dr. Rossmann weisen darauf hin, daß die Landeszentrale eigene Einnahmen selber verwenden dürfe.

**0710-MG 03, Reisekostenvergütungen für Schulausflüge**

Abg. Dr. Klug möchte wissen, wie viele Schulpartnerschaften und Schulausflüge 1997 im Vergleich zum Vorjahr gefördert worden seien.

**0710-684 09, Betreute Grundschule**

St Köster gibt dem Ausschuß die vorläufigen Leitlinien zur Förderung von Betreuungsangeboten an Grundschulen im Schuljahr 1997/98 an die Hand (Umdruck 14/1237) und sagt eine Darstellung der im Lande vorhandenen Angebote sowie der Antragslage zu.

**0710-535 06, Kosten für die Tätigkeiten der Landeselternbeiräte**

**0710-535 16, Kosten für die Tätigkeiten der Landesschülervertretungen**

Abg. Dr. Klug wirbt dafür, die Gelder für die Landeselternbeiräte zu erhöhen, Abg. Fröhlich dafür, die Mittel für die Landesschülervertretungen aufzustocken.

### **0710-TG 65, Kommission zur Neugestaltung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern**

Abg. Dr. Klug bittet um einen Zwischenbericht der Kommission an den Bildungsausschuß zu gegebener Zeit.

#### **Stellenplan**

Abg. Dr. Klug bittet für den Bildungsausschuß um eine Darstellung der in den letzten Jahren vorgenommenen Stellenübertragungen aus den einzelnen Schulkapiteln in das Kapitel Gesamtschulen.

Abg. Volquartz merkt kritisch an, daß von den 35 neuen Stellen für die Grund- und Hauptschulen insbesondere wegen Verlagerung an die Gesamtschulen tatsächlich nur neun neue Stellen bei den Grund- und Hauptschulen ankämen.

Auf eine Frage von Präsident Dr. Korthals teilt St Köster mit, freiwerdende oder neue Lehrerstellen würden generell nur noch mit Angestellten besetzt, und zwar in der Regel auf Dreiviertelbasis. Ausnahmen von diesem Grundsatz lägen in der Versorgungssituation einer Schule beziehungsweise der Bewerberlage begründet (vgl. Kleine Anfrage Drucksache 14/843).

Auf Fragen von Abg. Neugebauer und Präsident Dr. Korthals teilt die Staatssekretärin weiter mit, von der 58er-Regelung würden vermutlich vier von 35 Schulräten im Lande Gebrauch machen; über die veränderte Struktur der Schulaufsicht, deren Stellenzahl in den nächsten drei Jahren von gegenwärtig 65 um 15 reduziert werden solle, werde sie dem Bildungsausschuß einen Bericht geben.

Die Abgeordneten Dr. Klug und Volquartz möchten wissen, an welchen Stellen des Einzelplans 07 1998 38 Planstellen/Stellen eingespart würden (Seite 387 des Haushaltsplans).

St Köster und MDgt Dr. Pabst entgegnen, daß eine Aussage darüber erst am Schluß des Haushaltsjahres 1998 gemacht werden könne.

Abg. Volquartz möchte wissen, welche zwei Dezernentenstellen bei der Landeszentrale für politische Bildung nach dem Jahre 2000 erhalten blieben (Seite 400).

Abg. Dr. Klug fragt nach der Verteilung der in Einzelplan 07 vorgesehenen Mittel für Beförderungen.

St Köster räumt ein, daß unter dem Diktat der knappen Haushaltskassen nur rund 50 % der stellenplanmäßig vorgesehenen Beförderungen in Ministerium, Schulen und nachgeordneten Behörden hätten realisiert werden können, und erinnert daran, daß die Regelbeförderung im Schulbereich (nach A 14) zugunsten einer leistungsbezogenen Förderung abgeschafft worden sei. Die Beförderungsplanung und Beförderungskriterien würden dem Finanz- und Bildungsausschuß dargestellt werden.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug zur Flexibilisierung der Hochschulhaushalte und zur Haushaltssperre teilt MDgt Rohs mit, für die budgetierten Bereiche würden Sonderentscheidungen getroffen werden.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 13:10 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer